

Grundlage der Erstellung (nicht testiert)

Der vorliegende verkürzte Konzernzwischenabschluss beinhaltet die Abschlüsse der Deutschen Bank AG sowie ihrer Tochtergesellschaften und ist in Euro erstellt. Dieser Abschluss wird in Übereinstimmung mit dem IFRS-Standard zur Zwischenberichterstattung (IAS 34, „Interim Financial Reporting“) dargestellt und steht in Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Die Anwendung der IFRS führt zu keinen Unterschieden zwischen den von der EU übernommenen IFRS und den vom IASB veröffentlichten IFRS.

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank ist nicht testiert und beinhaltet zusätzliche Angaben zur Segmentberichterstattung, zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung, zur Bilanz und zu sonstigen Finanzinformationen. Er sollte in Verbindung mit dem testierten Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2008 gelesen werden, der nach den gleichen Rechnungslegungsgrundsätzen aufgestellt wurde, mit Ausnahme der auf Seite 45 erläuterten Erstanwendung der Änderungen zu IFRIC 9, „Reassessment of Embedded Derivatives“, und IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, mit dem Titel „Embedded Derivatives“, der Änderungen der IFRS 2008 („Improvements to IFRS 2008“) und der Änderungen zu IAS 32, „Financial Instruments: Presentation“, und IAS 1, „Presentation of Financial Statements“, mit dem Titel „Puttable Financial Instruments and Obligations Arising on Liquidation“, die keine wesentliche Auswirkung auf den Konzernabschluss hatten.

Im Januar 2008 veröffentlichte der IASB Änderungen zu IAS 34, die für die Geschäftsjahre in Kraft treten, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. In Übereinstimmung mit dem geänderten IAS 34 stellt die Eigenkapitalveränderungsrechnung eine separate Komponente des verkürzten Konzernzwischenabschlusses anstatt einer Angabe in den erläuternden Notes dar.

Die Erstellung von Abschlüssen gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen. Bereiche, in denen dies notwendig ist, beinhalten die Bestimmung des Fair Value bestimmter finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Risikovorsorge im Kreditgeschäft, die Wertminderung („Impairment“) von Vermögenswerten mit Ausnahme von Krediten, inklusive Goodwill und sonstiger immaterieller Vermögenswerte, und den Ansatz und die Bewertung von aktiven latenten Steuern, Rückstellungen für ungewisse Steuerpositionen, ungewisse gesetzliche und regulatorische Verpflichtungen, die Rückstellungen für Versicherungs- und Kapitalanlageverträge sowie die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Die veröffentlichten Ergebnisse können nicht notwendigerweise als Indikatoren für ein zu erwartendes Gesamtergebnis des Geschäftsjahres 2009 gewertet werden.

Der Konzern wendet Schätzungen bei der Ermittlung der Wertberichtigung für homogene Kreditportfolios an, die auf historischen Erfahrungswerten basierende statistische Modelle verwenden. In regelmäßigen Abständen führt der Konzern Maßnahmen durch, um die verwendeten Eingangsparameter und Modellannahmen an historisch nachgewiesene Verlusthöhen anzugleichen, welche zu einer niedrigeren Nettozuführung zur Wertberichtigung in Höhe von 90 Mio € im ersten Halbjahr 2009 und 30 Mio € im zweiten Quartal 2009 führten.

Im zweiten Quartal 2008 wurde die Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung rückwirkend angepasst, um Prämien für Finanzgarantien als Aufwand darzustellen, anstatt sie gegen die Erträge zu verrechnen, da sie in keinem direkten Bezug zu ertragsgenerierenden Aktivitäten stehen. Diese Anpassungen hatten keine Auswirkung auf das Ergebnis nach Steuern, aber einen Anstieg der zinsunabhängigen Erträge und Aufwendungen in gleicher Höhe zur Folge.

in Mio €	Jan.–März 2009	Jan.–Dez. 2008	Jan.–Sept. 2008	Jan.–Jun. 2008	Jan.–März 2008	Jan.–Dez. 2007
Sonstige Erträge (veröffentlicht)	– 393	568	573	445	218	1.286
Anpassung	36	131	95	60	27	91
Sonstige Erträge (angepasst)	– 357	699	668	505	245	1.377
Sachaufwand und sonstiger Aufwand (veröffentlicht)	1.950	8.216	5.903	3.760	1.948	7.954
Anpassung	36	131	95	60	27	91
Sachaufwand und sonstiger Aufwand (angepasst)	1.986	8.347	5.998	3.820	1.975	8.045

Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden (nicht testiert)

Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

IFRIC 9 und IAS 39

Im März 2009 veröffentlichte der IASB Änderungen zu IFRIC 9, „Reassessment of Embedded Derivatives“, und IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, mit dem Titel „Embedded Derivatives“. Nach den geänderten Vorschriften hat ein Unternehmen zu prüfen, ob ein in einen Basisvertrag eingebettetes Derivat von diesem zu trennen ist, wenn das gesamte hybride Finanzinstrument aus der Kategorie zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte umklassifiziert wird. Eine Umgliederung des hybriden Finanzinstruments ist nicht möglich, wenn der Fair Value eines trennungspflichtigen eingebetteten Derivats nicht verlässlich bestimmbar ist. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 30. Juni 2009 enden. Die Änderungen sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Die Anwendung dieser Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Änderungen der IFRS 2008 („Improvements to IFRS 2008“)

Im Mai 2008 veröffentlichte der IASB im Rahmen seines Annual-Improvements-Projekts Änderungen bestehender IFRS. Diese umfassen sowohl Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die meisten der Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Anwendung dieser Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

IAS 32 und IAS 1

Im Februar 2008 veröffentlichte der IASB Änderungen zu IAS 32, „Financial Instruments: Presentation“, und IAS 1, „Presentation of Financial Statements“, mit dem Titel „Puttable Financial Instruments and Obligations Arising on Liquidation“. Die geänderten Vorschriften sehen unter bestimmten Bedingungen eine Klassifizierung von zum Fair Value kündbaren Finanzinstrumenten und von Verpflichtungen, die lediglich im Liquidationsfall entstehen, als Eigenkapital vor. Sie treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Anwendung dieser Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Neue Rechnungslegungsvorschriften

Änderungen der IFRS 2009 („Improvements to IFRS 2009“)

Im April 2009 veröffentlichte der IASB im Rahmen seines Annual-Improvements-Projekts Änderungen bestehender IFRS. Diese umfassen sowohl Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen als auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die meisten der Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2010 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Der Konzern prüft gegenwärtig die möglichen Auswirkungen der Umsetzung der Änderungen auf den Konzernabschluss.

IFRS 7

Im März 2009 veröffentlichte der IASB Änderungen zu IFRS 7, „Financial Instruments: Disclosures“, mit dem Titel „Improving Disclosures about Financial Instruments“. Die geänderten Vorschriften sehen erweiterte Angaben zu den zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten gemäß einer dreistufigen Fair-Value-Hierarchie vor, die die Bedeutung der in diesen Bewertungsmethoden verwendeten Parameter abbildet. Die Änderungen sehen außerdem erweiterte qualitative und quantitative Angaben zu Liquiditätsrisiken vor. Sie treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Die Änderungen sind seitens des IASB verabschiedet worden, bedürfen aber noch der Übernahme in europäisches Recht durch die EU. Die Anwendung dieser Änderungen wird voraussichtlich – abgesehen von der Erweiterung der Anhangangaben – keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

IFRS 3 und IAS 27

Im Januar 2008 veröffentlichte der IASB eine überarbeitete Fassung von IFRS 3, „Business Combinations“ („IFRS 3 R“), und eine geänderte Fassung von IAS 27, „Consolidated and Separate Financial Statements“ („IAS 27 R“). Während in IFRS 3 R die Anwendung der Erwerbsmethode auf Unternehmenszusammenschlüsse weiterentwickelt wird, enthält IAS 27 R geänderte Vorschriften zur bilanziellen Darstellung von Minderheitsanteilen sowie zur Bilanzierung im Fall eines Verlusts des beherrschenden Einflusses auf eine Tochtergesellschaft. IFRS 3 R sieht für das erwerbende Unternehmen ein im Rahmen jedes Unternehmenszusammenschlusses auszuübendes Wahlrecht vor, die Minderheitsanteile entweder zum Fair Value im Erwerbszeitpunkt oder zum Fair Value der anteiligen identifizierbaren Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens zu bewerten. Im Fall eines sukzessiven Unternehmenserwerbs werden die identifizierbaren Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des erworbenen Unternehmens zu dem Zeitpunkt zum Fair Value bewertet, an dem der Erwerber einen beherrschenden Einfluss erlangt. Ein Gewinn oder Verlust wird in Höhe der Differenz zwischen dem Fair Value der bisher gehaltenen Anteile am erworbenen Unternehmen und dessen Buchwert ergebniswirksam erfasst. Ferner verlangt IAS 27 R die erfolgsneutrale Erfassung der Effekte aller Transaktionen mit den Eigentümern von Minderheitsanteilen im Eigenkapital, wenn sich das Beherrschungsverhältnis nicht ändert. Führen Transaktionen hingegen zu einem Verlust der Beherrschungsmöglichkeit, ist der daraus resultierende Gewinn oder Verlust ergebniswirksam zu erfassen. Der Gewinn oder Verlust beinhaltet auch Effekte aufgrund einer Neubewertung der zurückbehaltenen Beteiligungsanteile zum Fair Value. Darüber hinaus legt IFRS 3 R fest, dass alle im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses übertragenen Gegenleistungen einschließlich bedingter Gegenleistungen im Erwerbszeitpunkt zum Fair Value bewertet und ausgewiesen werden. Transaktionskosten, die dem erwerbenden Unternehmen im Zusammenhang mit dem Unternehmenszusammenschluss entstehen, werden nicht als Bestandteil der Anschaffungskosten der Transaktion, sondern als Aufwand erfasst. Dies gilt nicht, wenn sie im Zusammenhang mit der Emission von Schuldtiteln oder Aktien stehen. In diesem Fall werden sie gemäß IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“, bilanziert. IFRS 3 R und IAS 27 R treten für Unternehmenszusammenschlüsse in den Geschäftsjahren in Kraft, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig, sofern beide Standards gleichzeitig angewandt werden.

Segmentberichterstattung (nicht testiert)

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf dem sogenannten „Management Approach“, der verlangt, die Segmentinformationen auf Basis der internen Berichterstattung so darzustellen, wie sie vom sogenannten „Chief Operating Decision Maker“ regelmäßig zur Entscheidung über die Zuteilung von Ressourcen zu den Segmenten und zur Beurteilung ihrer Performance herangezogen werden.

Segmente

Die Segmentberichterstattung folgt der den internen Managementberichtssystemen zugrunde liegenden Organisationsstruktur des Konzerns. Auf dieser Basis wird die finanzielle Performance der Segmente beurteilt und über die Zuteilung der Ressourcen zu den Segmenten entschieden.

Es gab im ersten Halbjahr 2009 keine wesentlichen organisatorischen Änderungen mit Wirkung auf die Zusammensetzung der Geschäftssegmente. Vergleichszahlen für frühere Perioden wurden auch für geringfügige organisatorische Änderungen angepasst, falls diese in den internen Berichtssystemen des Konzerns berücksichtigt wurden.

Im Folgenden werden einige Transaktionen beschrieben, die sich auf die Segmentberichterstattung des Konzerns auswirkten:

- Mit Wirkung zum 6. März 2009 erwarb der Konzern einen Minderheitsanteil an der Deutschen Postbank AG, einem führenden Anbieter von Finanzdienstleistungen in Deutschland. Ebenfalls zu diesem Datum hat der Konzern eine Pflichtumtauschleihe sowie Optionen erworben, um den Anteil an der Deutschen Postbank AG in Zukunft zu erhöhen. Alle Teile der Transaktion sind dem Unternehmensbereich Corporate Investments zugeordnet.
- Im Verlauf des ersten Quartals 2009 wurde die Managementverantwortlichkeit bestimmter Vermögenswerte vom Unternehmensbereich Asset and Wealth Management auf den Unternehmensbereich Corporate Investments übertragen. Diese Vermögenswerte beinhalteten Maher Terminals, ein konsolidiertes Infrastrukturinvestment, und RREEF Global Opportunity Fund III, einen konsolidierten Immobilienfonds.
- Am 1. April 2009 wurde die Managementverantwortlichkeit für die Immobilie „The Cosmopolitan Resort and Casino“ vom Unternehmensbereich CB&S auf den Unternehmensbereich Corporate Investments übertragen.

Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten

Die Managementberichterstattung folgt der Marktzinsmethode, nach welcher der externe Zinsüberschuss des Konzerns kalkulatorisch den Unternehmensbereichen zugeordnet wird. Eine solche Zuordnung unterstellt, dass sämtliche Positionen über den Geld- und Kapitalmarkt refinanziert beziehungsweise angelegt werden. Die Finanzkrise führte zu erheblichen Veränderungen in den Konditionen, zu denen sich bestimmte Geschäftstätigkeiten refinanzieren können. Die Bank veranlasste daraufhin eine Überprüfung ihrer internen Refinanzierungssysteme und beschloss im zweiten Quartal 2009 eine Verfeinerung ihrer internen Refinanzierungssätze, die eine angemessenere Vergütung für Liquidität aus unbesicherten Finanzierungsquellen vorsieht und die Risiken bestimmter Vermögensgegenstände stärker berücksichtigt. Nachfolgend sind die finanziellen Auswirkungen auf die Geschäftsbereiche beschrieben:

- GTB (55 Mio €), AWM (13 Mio €) und PBC (4 Mio €) erhielten zusätzliche Gutschriften.
- CB&S (66 Mio €) und CI (6 Mio €) erhielten zusätzliche Belastungen.

Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmenten einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS für das zweite Quartal sowie das erste Halbjahr 2009 und 2008.

2. Quartal 2009	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Invest-ments	Consoli-dation & Adjust-ments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Trans-action Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Manage-ment	Private & Business Clients	Insgesamt			
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)									
Erträge	4.646	653	5.299	618	1.414	2.032	660	- 50	7.940¹
Risikovor-sorge im Kredit-geschäft	771	8	779	4	217	221	- 0	- 0	1.000
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	3.060	464	3.525	700	1.141	1.841	284	- 25	5.624
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	126	-	126	- 0	-	- 0	-	0	126
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	-	5	-	-	-	151	-	157
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Minderheitsanteile	- 14	-	- 14	- 1	0	- 1	- 1	17	-
Ergebnis vor Steuern	828	181	1.009	- 85	55	- 30	377	- 41	1.316
Aufwand-Ertrag-Relation	66 %	71 %	67 %	113 %	81 %	91 %	43 %	N/A	71 %
Aktiva ²	1.549.223	47.140	1.577.445	43.872	138.457	182.288	29.312	10.379	1.732.873
Durchschnittliches Active Equity ³	19.238	1.169	20.407	4.754	3.717	8.471	4.593	1.410	34.882
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	17 %	62 %	20 %	- 7 %	6 %	- 1 %	33 %	N/A	15 %

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Beinhaltet einen Gewinn aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG) in Höhe von 126 Mio €, welcher für die Berechnung der Zielgrößendefinition unberücksichtigt bleibt.
- 2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- 3 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem Ökonomischen Kapital zugewiesen.
- 4 Für die Berechnung der Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Seite 71. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 16 %.

2. Quartal 2008	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Invest-ments	Consoli-dation & Adjust-ments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Trans-action Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Manage-ment	Private & Business Clients	Insgesamt			
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)									
Erträge	2.216	671	2.886	962	1.478	2.440	296	- 198	5.425¹
Risikovor-sorge im Kredit-geschäft	- 14	4	- 9	1	144	145	- 1	- 0	135
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	2.544	383	2.927	720	1.006	1.725	22	- 27	4.648
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	113	-	113	4	-	4	-	2	119
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	-	5	-	-	-	-	-	5
Restrukturierungsaufwand	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Minderheitsanteile	- 4	-	- 4	- 1	0	- 1	- 0	5	-
Ergebnis vor Steuern	- 311	283	- 27	242	328	570	275	- 176	642
Aufwand-Ertrag-Relation	115 %	57 %	101 %	75 %	68 %	71 %	7 %	N/A	86 %
Aktiva (zum 31.12.2008) ²	2.012.427	49.487	2.047.181	50.473	138.350	188.785	18.297	13.110	2.202.423
Durchschnittliches Active Equity ³	19.033	1.043	20.076	4.506	3.243	7.749	225	3.155	31.205
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	- 7 %	109 %	- 1 %	22 %	40 %	29 %	N/A	N/A	8 %

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Beinhaltet Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG und Allianz SE) in Höhe von 145 Mio € und einen Gewinn aus dem Verkauf der Beteiligung an der Arcor AG & Co. KG in Höhe von 97 Mio €, welche für die Berechnung der Zielgrößendefinition unberücksichtigt bleiben.
- 2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- 3 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem Ökonomischen Kapital zugewiesen.
- 4 Für die Berechnung der Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Seite 71. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 8 %.

Jan.–Jun. 2009	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Invest-ments	Consoli-dation & Adjust-ments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Trans-action Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Manage-ment	Private & Business Clients	Insgesamt			
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)									
Erträge	8.904	1.319	10.223	1.133	2.795	3.928	813	217	15.181¹
Risikoversorge im Kreditgeschäft	1.127	9	1.136	9	382	391	– 0	– 0	1.526
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	5.639	908	6.547	1.387	2.152	3.539	373	66	10.524
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	62	–	62	0	–	0	–	2	64
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	–	5	–	–	–	151	–	157
Restrukturierungsaufwand	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Minderheitsanteile	– 13	–	– 13	– 5	0	– 5	– 1	20	–
Ergebnis vor Steuern	2.152	402	2.554	– 258	262	4	441	132	3.131
Aufwand-Ertrag-Relation	63 %	69 %	64 %	122 %	77 %	90 %	46 %	N/A	69 %
Aktiva ²	1.549.223	47.140	1.577.445	43.872	138.457	182.288	29.312	10.379	1.732.873
Durchschnittliches Active Equity ³	19.686	1.169	20.856	4.606	3.718	8.325	3.767	1.017	33.965
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	22 %	69 %	24 %	– 11 %	14 %	0 %	23 %	N/A	19 %

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Beinhaltet einen Gewinn aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG) in Höhe von 126 Mio €, welcher für die Berechnung der Zielgrößendefinition unberücksichtigt bleibt.
- 2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- 3 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem Ökonomischen Kapital zugewiesen.
- 4 Für die Berechnung der Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Seite 71. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 19 %.

Jan.–Jun. 2008	Corporate and Investment Bank			Private Clients and Asset Management			Corporate Invest-ments	Consoli-dation & Adjust-ments	Konzern insgesamt
	Corporate Banking & Securities	Global Trans-action Banking	Insgesamt	Asset and Wealth Manage-ment	Private & Business Clients	Insgesamt			
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)									
Erträge	3.123	1.331	4.454	1.963	2.931	4.894	1.001	– 282	10.068¹
Risikoversorge im Kreditgeschäft	– 22	2	– 20	1	269	270	– 1	– 0	249
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	5.071	796	5.867	1.533	2.030	3.563	48	– 48	9.431
davon/darin:									
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	– 28	–	– 28	18	–	18	–	3	– 7
Wertminderung auf immaterielle Vermögenswerte	5	–	5	–	–	–	–	–	5
Restrukturierungsaufwand	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Minderheitsanteile	– 12	–	– 12	– 1	0	– 1	– 0	13	–
Ergebnis vor Steuern	– 1.915	533	– 1.381	431	632	1.063	955	– 247	388
Aufwand-Ertrag-Relation	162 %	60 %	132 %	78 %	69 %	73 %	5 %	N/A	94 %
Aktiva (zum 31.12.2008) ²	2.012.427	49.487	2.047.181	50.473	138.350	188.785	18.297	13.110	2.202.423
Durchschnittliches Active Equity ³	19.539	1.052	20.591	4.620	3.295	7.914	249	2.562	31.316
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) ⁴	– 20 %	101 %	– 13 %	19 %	38 %	27 %	N/A	N/A	3 %

N/A – nicht aussagefähig

- 1 Beinhaltet Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG, Allianz SE und Linde AG) in Höhe von 999 Mio € und einen Gewinn aus dem Verkauf der Beteiligung an der Arcor AG & Co. KG in Höhe von 97 Mio €, welche für die Berechnung der Zielgrößendefinition unberücksichtigt bleiben.
- 2 Die Summe der Aktiva der Unternehmensbereiche entspricht aufgrund von Konsolidierungstatbeständen zwischen den Unternehmensbereichen nicht notwendigerweise den Aktiva des korrespondierenden Konzernbereichs. Dies gilt auch für die Summe der Aktiva der Konzernbereiche im Vergleich zu den im Konzern insgesamt ausgewiesenen Aktiva, die ebenfalls Konsolidierungstatbestände zwischen den Konzernbereichen berücksichtigen.
- 3 Zu Zwecken der Managementberichterstattung werden Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer explizit den jeweiligen Unternehmensbereichen zugewiesen. Das nach Berücksichtigung dieser Komponenten verbleibende durchschnittliche Active Equity wird den Segmenten anteilig gemäß ihrem Ökonomischen Kapital zugewiesen.
- 4 Für die Berechnung der Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) siehe Seite 71. Für den Konzern insgesamt beträgt die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) 2 %.

Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss

Im zweiten Quartal 2009 verzeichnete Consolidation & Adjustments einen Verlust vor Steuern von 41 Mio € gegenüber einem Verlust vor Steuern von 176 Mio € im Vergleichsquartal des Vorjahres. Das zweite Quartal 2009 wurde im Wesentlichen durch zwei gegenläufige Effekte geprägt. Zum einen entstanden Gewinne von 392 Mio € aus Derivaten mit denen Auswirkungen aus Verpflichtungen im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen auf das Eigenkapital abgesichert wurden. Zum anderen ergaben sich negative Effekte aus unterschiedlichen Bilanzierungsmethoden bei der Managementberichterstattung und IFRS für ökonomisch abgesicherte kurzfristige Positionen. Diese resultierten im Wesentlichen aus einem Anstieg der Zinskurven im Euro- und US-Dollar-Raum während des Berichtsquartals. Die letztgenannten Effekte beeinflussten auch das Ergebnis des Vorjahresquartals negativ.

Im ersten Halbjahr 2009 verzeichnete Consolidation & Adjustments einen Gewinn vor Steuern von 132 Mio € gegenüber einem Verlust vor Steuern von 247 Mio € im ersten Halbjahr 2008. Das Ergebnis der ersten sechs Monate in 2009 wurde in erster Linie durch Gewinne von 425 Mio € aus den vorgenannten Derivaten beeinflusst. Dieser positive Effekt wurde zum Teil durch negative Auswirkungen unterschiedlicher Bilanzierungsmethoden bei der Managementberichterstattung und IFRS für ökonomisch abgesicherte kurzfristige Positionen ausgeglichen. Diese waren hauptsächlich auf höhere Volatilitäten der Zinssätze im ersten Halbjahr 2009 zurückzuführen. Im Vorjahr hatten sich vor allem die negativen Anpassungen aus Bewertungsunterschieden zwischen den für die Managementberichterstattung angewandten Bilanzierungsmethoden und den Rechnungslegungsstandards nach IFRS ausgewirkt.

Angaben auf Unternehmensebene

Die nachstehenden Tabellen enthalten die Ertragskomponenten der Konzernbereiche CIB und PCAM für das zweite Quartal sowie das erste Halbjahr 2009 und 2008.

in Mio €	Corporate and Investment Bank			
	2. Quartal		Jan.–Jun.	
	2009	2008	2009	2008
Sales & Trading (Equity)	903	830	1.178	1.575
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	2.572	602	6.327	1.920
Sales & Trading insgesamt	3.475	1.432	7.504	3.495
Emissionsgeschäft (Equity)	209	139	298	223
Emissionsgeschäft (Debt)	446	127	576	– 1.255
Emissionsgeschäft insgesamt	654	266	874	– 1.032
Beratung	72	125	201	253
Kreditgeschäft	319	345	968	613
Transaction Services	653	671	1.319	1.331
Sonstige Produkte	125	47	– 644	– 206
Insgesamt¹	5.299	2.886	10.223	4.454

¹ Die oben dargestellten Erträge beinhalten den Zinsüberschuss, das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen und andere Erträge wie zum Beispiel den Provisionsüberschuss.

in Mio €	Private Clients and Asset Management			
	2. Quartal		Jan.–Jun.	
	2009	2008	2009	2008
Portfolio/Fund Management	495	656	945	1.292
Brokeragegeschäft	362	539	754	1.067
Kredit-/Einlagengeschäft	890	812	1.715	1.623
Zahlungsverkehr, Kontoführung und sonstige Finanzdienstleistungen	249	270	496	546
Sonstige Produkte	35	163	19	366
Insgesamt¹	2.032	2.440	3.928	4.894

¹ Die oben dargestellten Erträge beinhalten den Zinsüberschuss, das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen und andere Erträge wie zum Beispiel den Provisionsüberschuss.

Angaben zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung (nicht testiert)

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Konzernbereichen

in Mio €	2. Quartal		Jan.–Jun.	
	2009	2008	2009	2008
Zinsüberschuss	2.764	2.951	6.607	5.627
Handelsergebnis ¹	2.534	- 7.649	4.459	- 15.481
Ergebnis aus zum Fair Value klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ²	77	7.175	416	13.428
Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	2.611	- 475	4.875	- 2.053
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	5.375	2.476	11.482	3.574
Aufgliederung nach Konzernbereich/CIB-Produkt:				
Sales & Trading (Equity)	765	635	766	1.052
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	2.112	522	6.108	1.707
Sales & Trading insgesamt	2.877	1.157	6.874	2.760
Kreditgeschäft ³	105	180	473	325
Transaction Services	366	285	638	629
Übrige Produkte ⁴	131	- 149	141	- 1.785
Corporate and Investment Bank insgesamt	3.479	1.474	8.126	1.929
Private Clients and Asset Management	1.088	981	2.075	1.860
Corporate Investments	372	10	742	- 120
Consolidation & Adjustments	436	12	539	- 95
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	5.375	2.476	11.482	3.574

1 Das Handelsergebnis beinhaltet Gewinne und Verluste aus zu Handelszwecken sowie aus nicht zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten.

2 Beinhaltet minus 30 Mio € für das zweite Quartal 2009 (zweites Quartal 2008: 6,2 Mrd €) und minus 169 Mio € für das erste Halbjahr 2009 (erstes Halbjahr 2008: 11,2 Mrd €) aus strukturierten Verbriefungen. Die Fair-Value-Änderungen auf korrespondierende Instrumente in Höhe von 92 Mio € für das zweite Quartal 2009 (zweites Quartal 2008: minus 7,8 Mrd €) und minus 274 Mio € für das erste Halbjahr 2009 (erstes Halbjahr 2008: minus 12,8 Mrd €) werden im Handelsergebnis gezeigt. Beide Komponenten werden unter Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) ausgewiesen. Die Summe dieser Gewinne und Verluste stellt den Anteil der Deutschen Bank an den Verlusten dieser konsolidierten strukturierten Verbriefungen dar.

3 Enthält sowohl die Zinsspanne für Forderungen aus dem Kreditgeschäft als auch die Veränderungen des Fair Value von Credit Default Swaps und zum Fair Value klassifizierten Forderungen aus dem Kreditgeschäft.

4 Enthält den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen aus dem Emissions- und Beratungsgeschäft sowie sonstigen Produkten.

Provisionsüberschuss

in Mio €	2. Quartal		Jan.–Jun.	
	2009	2008	2009	2008
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	682	904	1.409	1.788
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	919	972	1.752	2.008
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	641	687	1.263	1.298
Provisionsüberschuss insgesamt	2.242	2.563	4.424	5.094

Pensions- und sonstige Versorgungszusagen

in Mio €	2. Quartal		Jan.–Jun.	
	2009	2008	2009	2008
Aufwendungen für Pensionspläne:				
Laufender Dienstzeitaufwand	44	53	95	109
Zinsaufwand	116	114	232	229
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	– 101	– 113	– 203	– 227
Sofort erfasster nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand/-ertrag (–)	2	1	11	2
Amortisation versicherungsmathematischen Verlusts/Gewinns (–) ¹	–	– 2	–	– 5
Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten ¹	–	1	–	2
Pensionspläne insgesamt	61	54	135	110
Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne:				
Laufender Dienstzeitaufwand	–	–	1	1
Zinsaufwand	2	2	4	3
Amortisation versicherungsmathematischen Verlusts/Gewinns (–) ¹	–	– 2	–	– 3
Aufwendungen für Gesundheitsfürsorgepläne insgesamt	2	–	5	1
Gesamtaufwand für leistungsdefinierte Pläne	63	54	140	111
Aufwendungen für beitragsdefinierte Pläne	48	50	112	115
Pensionsaufwendungen insgesamt	111	104	252	226

¹ Komponenten, die nach dem Korridorverfahren zunächst gebucht und dann im vierten Quartal 2008 aufgrund der Änderung der Rechnungslegungsgrundsätze storniert wurden.

Im ersten Halbjahr 2009 leistete der Konzern Arbeitgeberbeiträge in Höhe von 79 Mio € zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland (77 Mio € im ersten Halbjahr 2008). Für das zweite Quartal 2009 betragen diese Beiträge 40 Mio € (39 Mio € im zweiten Quartal 2008).

Die gesamten Zuführungen zum Planvermögen der leistungsdefinierten Pensionspläne des Konzerns werden im Geschäftsjahr 2009 voraussichtlich 200 Mio € betragen, wobei die endgültige Festlegung im vierten Quartal 2009 erfolgen wird.

Sachaufwand und sonstiger Aufwand

in Mio €	2. Quartal		Jan.–Jun.	
	2009	2008	2009	2008
Sachaufwand und sonstiger Aufwand:				
EDV-Aufwendungen	422	427	847	877
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	384	333	735	681
Aufwendungen für Beratungsleistungen	233	254	486	497
Kommunikation und Datenadministration	170	165	346	335
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	98	134	190	248
Zahlungsverkehrs-, Abwicklungs- und Depotdienstleistungen	104	100	211	212
Marketingaufwendungen	65	96	129	190
Übrige Aufwendungen	725	336	1.244	780
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	2.201	1.845	4.188	3.820

Der Anstieg der übrigen Aufwendungen resultierte hauptsächlich aus Aufwendungen von 316 Mio € im Rahmen eines Vergleichsverfahrens mit Huntsman Corp. im laufenden Quartal.

Angaben zur Bilanz (nicht testiert)

Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen

in Mio €	30.6.2009	31.12.2008
Handelsaktiva:		
Wertpapiere	199.460	204.994
Sonstige Handelsaktiva ¹	29.015	42.468
Handelsaktiva insgesamt	228.475	247.462
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	769.678	1.224.493
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	90.279	94.726
Forderungen aus Wertpapierleihen	24.968	29.079
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	17.137	18.739
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	9.988	9.312
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	142.372	151.856
Zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.140.525	1.623.811

1 Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 22.231 Mio € zum 30. Juni 2009 (31. Dezember 2008: 31.421 Mio €).

in Mio €	30.6.2009	31.12.2008
Handelspassiva:		
Wertpapiere	53.813	56.967
Sonstige Handelspassiva	691	11.201
Handelspassiva insgesamt	54.504	68.168
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	730.533	1.181.617
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	61.669	52.633
Kreditzusagen	1.241	2.352
Langfristige Verbindlichkeiten	15.392	18.439
Sonstige zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	4.975	4.579
Zum Fair Value klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	83.277	78.003
Investmentverträge ¹	6.801	5.977
Zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	875.115	1.333.765

1 Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem Fair Value.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

in Mio €	30.6.2009	31.12.2008
Festverzinsliche Wertpapiere	14.719	17.966
Nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.349	4.747
Sonstiger Anteilsbesitz	741	893
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	1.151	1.229
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	19.960	24.835

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Reclassification of Financial Assets“

Im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 wurden bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „zum Fair Value bewertet“ und „zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgegliedert. Im zweiten Quartal 2009 wurden keine weiteren Umgliederungen vorgenommen.

Voraussetzung für eine Umgliederung ist, dass das Management die Zweckbestimmung des Vermögenswerts von einer kurzfristigen Verkaufs- oder Handelsabsicht in die Absicht des Haltens auf absehbare Zeit geändert hat. Die Umgliederung erfolgt dann zum Fair Value des Vermögenswerts zum jeweiligen Umgliederungsstichtag.

Die folgende Tabelle zeigt die Buchwerte und Fair Values aller in 2008 und 2009 umklassifizierten Vermögenswerte.

in Mio €	Buchwert am Umbuchungs- stichtag	30.6.2009	
		Buchwert	Fair Value
In 2008 umklassifizierte Vermögenswerte:			
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	23.633	22.501	18.914
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	11.354	10.335	8.245
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umklassifiziert wurden¹	34.987	32.836	27.159
In 2009 umklassifizierte Vermögenswerte:			
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.961	3.001	2.724
Handelsaktiva, umklassifiziert zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	2.961	3.001	2.724

¹ Der Rückgang der Buchwerte seit Reklassifizierung ist im Wesentlichen auf Rückzahlungen, Wertberichtigungen und Wechselkursänderungen zurückzuführen.

Die Effektivzinssätze von in 2008 umklassifizierten Vermögenswerten lagen am Umbuchungsstichtag zwischen 2,8 % und 13,1 % (Handelsaktiva) beziehungsweise zwischen 3,9 % und 9,9 % (zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte). Sie basierten auf erwarteten erzielbaren Cashflows von 35,9 Mrd € beziehungsweise 17,6 Mrd €. Für die im ersten Quartal 2009 umgegliederten Handelsaktiva lagen die Effektivzinssätze am Umbuchungsstichtag zwischen 3,7 % und 11,2 % bei erwarteten erzielbaren Cashflows von 3,7 Mrd €. Die vorgenannten Bandbreiten für Effektivzinssätze wurden auf Basis gewichteter Durchschnitte einzelner Geschäftsbereiche ermittelt.

Im ersten Halbjahr 2009 wären für umgegliederte Handelsaktiva in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung zusätzlich unrealisierte Fair-Value-Verluste von 1,4 Mrd € angefallen. Diese Zahl ist brutto, das heißt, sie berücksichtigt nicht eine nach der Umgliederung eventuell zu bildende Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Für umgegliederte zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte wären in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung zusätzliche Abschreibungen von 23 Mio € (bei bereits wertgeminderten Positionen) und im Eigenkapital zusätzliche unrealisierte Fair-Value-Verluste von 48 Mio € (für bisher nicht wertgeminderte Positionen) entstanden.

Nach der Umgliederung trugen die Vermögenswerte im ersten Halbjahr 2009 wie folgt zu der Gewinn- und Verlust-Rechnung des Konzerns (vor Steuern) bei.

in Mio €	Jan.–Jun. 2009
Zinserträge	698
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	– 578
Ergebnis vor Steuern aus umklassifizierten Handelsaktiva	120
Zinserträge	124
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	– 148
Ergebnis vor Steuern aus umklassifizierten zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten	– 24

Vor Umgliederung waren aus im Geschäftsjahr 2009 umklassifizierten Vermögenswerten in der Gewinn- und Verlust-Rechnung unrealisierte Fair-Value-Verluste von 214 Mio € (zweites Halbjahr 2008) beziehungsweise 48 Mio € (erstes Halbjahr 2009) enthalten.

Die unrealisierten Fair-Value-Verluste, die zu den jeweiligen Umbuchungstichtagen direkt im Eigenkapital ausgewiesen waren, beliefen sich in Summe auf 1,1 Mrd €. Dieser Betrag wird aus der Eigenkapitalposition unter Anwendung der Effektivzinsmethode aufgelöst und ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlust-Rechnung erfasst. Sollte ein umklassifizierter Vermögenswert einer Wertminderung unterliegen, wird der auf diesen Vermögenswert entfallende im Eigenkapital ausgewiesene Betrag zum Zeitpunkt der Wertminderung aufgelöst und ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlust-Rechnung berücksichtigt.

Problemkredite und IFRS-wertgeminderte Kredite

in Mio €	30.6.2009			31.12.2008		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Kredite ohne Zinsabgrenzung	5.620	2.024	7.644	2.810	1.400	4.210
Kredite 90 Tage oder mehr überfällig, mit Zinsabgrenzung	35	245	280	13	188	201
Notleidende Kredite im Prozess der Restrukturierung	304	–	304	144	–	144
Problemkredite insgesamt	5.959	2.269	8.228	2.967	1.588	4.555
davon: IFRS-wertgeminderte Kredite	4.707	2.024	6.731	2.282	1.400	3.682

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Wertberichtigungen für Kreditausfälle in Mio €	Jan.–Jun. 2009			Jan.–Jun. 2008		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	977	961	1.938	930	775	1.705
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	1.034	484	1.518	7	271	278
Nettoabschreibungen	– 146	– 145	– 291	– 59	– 224	– 282
Abschreibungen	– 163	– 211	– 374	– 102	– 309	– 411
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	17	66	83	43	85	128
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–	–
Wechselkursveränderungen/Sonstige	– 19	– 19	– 38	– 31	– 19	– 51
Bestand am Periodenende	1.846	1.281	3.127	847	803	1.650

Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft in Mio €	Jan.–Jun. 2009			Jan.–Jun. 2008		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	98	112	210	101	118	219
Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft	17	– 9	8	– 26	– 3	– 29
Zweckbestimmter Verbrauch	– 42	–	– 42	–	–	–
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–	–
Wechselkursveränderungen	5	2	7	–	– 5	– 5
Bestand am Periodenende	78	105	183	75	110	185

Sonstige Aktiva und Passiva

in Mio €	30.6.2009	31.12.2008
Sonstige Aktiva:		
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	43.116	56.492
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	10.732	17.844
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	8.700	8.383
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	77.265	21.339
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	139.813	104.058
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	3.135	4.657
Sonstige	26.681	29.114
Sonstige Aktiva insgesamt	169.629	137.829

in Mio €	30.6.2009	31.12.2008
Sonstige Passiva:		
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	30.702	40.955
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	35.633	46.602
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	4.600	4.530
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	83.407	19.380
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	154.342	111.467
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	3.724	5.112
Sonstige	41.195	44.019
Sonstige Passiva insgesamt	199.261	160.598

Langfristige Verbindlichkeiten

in Mio €	30.6.2009	31.12.2008
Vorrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen:		
mit fester Verzinsung	78.760	76.527
mit variabler Verzinsung	48.773	49.127
Nachrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen:		
mit fester Verzinsung	3.312	3.780
mit variabler Verzinsung	3.966	4.422
Summe der langfristigen Verbindlichkeiten	134.811	133.856

Ausgegebene Stammaktien und ausstehende Stammaktien

Am 6. März 2009 hat die Deutsche Bank AG 50 Millionen Stammaktien im Rahmen einer Sachkapitalerhöhung gegen 50 Millionen Aktien der Deutsche Postbank AG emittiert. Dies führte zu einer Erhöhung des Eigenkapitals um 958 Mio €. Die neuen Aktien wurden aus genehmigtem Kapital mit vollem Dividendenrecht für das Geschäftsjahr 2008 und ohne Bezugsrecht emittiert.

in Mio	30.6.2009	31.12.2008
Ausgegebene Stammaktien	620,9	570,9
Eigene Aktien im Bestand	2,7	8,2
– davon Aktienrückkaufprogramm	2,6	8,1
– davon sonstige Bestände	0,1	0,1
Ausstehende Stammaktien	618,1	562,7

Sonstige Finanzinformationen (nicht testiert)

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Die folgenden beiden Tabellen geben einen Überblick über das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und die Risikoaktiva des Konzerns. Zahlenangaben basieren auf dem überarbeiteten und vom Baseler Ausschuss präsentierten Eigenkapitalstandard („Basel II“), der im deutschen Kreditwesengesetz und in der Solvabilitätsverordnung in deutsches Recht umgesetzt wurde.

in Mio €	30.6.2009	31.12.2008
Tier-1-Kapital:		
Stammaktien	1.589	1.461
Kapitalrücklage	15.269	14.961
Gewinnrücklagen, Eigene Aktien im Bestand, als Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien ausgewiesenes Eigenkapital, Anpassungen aus der Währungsumrechnung, Minderheitsanteile	19.300	16.724
Nicht kumulative Vorzugsaktien	9.503	9.622
Vollständig vom Kernkapital abzuziehende Posten (unter anderem Goodwill und sonstige immaterielle Vermögenswerte)	- 9.449	- 10.125
Teilweise vom Kernkapital abzuziehende Posten ¹	- 3.703	- 1.549
Tier-1-Kapital insgesamt	32.509	31.094
Tier-2-Kapital:		
Unrealisierte Gewinne aus notierten Wertpapieren (45 % angerechnet)	248	-
Kumulative Vorzugsaktien	300	300
Anrechenbare nachrangige Verbindlichkeiten	7.398	7.551
Teilweise vom Ergänzungskapital abzuziehende Posten ¹	- 3.703	- 1.549
Tier-2-Kapital insgesamt	4.243	6.302
Nutzbares Tier-3-Kapital	-	-
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt	36.752	37.396

1 Gemäß § 10 Absatz 6 und § 10 Absatz 6a in Verbindung mit § 10a KWG.

Aufsichtsrechtliche Risikoaktiva und Kapitaladäquanzquoten

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	30.6.2009	31.12.2008
Kreditrisiko	228.274	247.611
Marktrisiko	31.105	23.496
Operationelles Risiko	35.717	36.625
Risikoaktiva	295.096	307.732
Tier-1-Kapitalquote	11,0 %	10,1 %
Eigenkapitalquote	12,5 %	12,2 %

Basel II verlangt den Abzug des Goodwill vom Tier-1-Kapital. Für eine Übergangszeit ist es jedoch gemäß § 64h Absatz 3 KWG zulässig, bestimmte Goodwillkomponenten teilweise in das Tier-1-Kapital einzubeziehen. Solche Goodwillkomponenten sind zwar nicht im oben gezeigten aufsichtsrechtlichen Eigenkapital und in den Kapitaladäquanzquoten enthalten, wir nutzen jedoch diese Übergangsregelung für die Meldung unserer Kapitaladäquanzquoten an die deutschen Aufsichtsbehörden.

Zum 30. Juni 2009 betrug der Übergangsposten 541 Mio €. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke wurden das Tier-1-Kapital, das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und die Risikoaktiva um diesen Betrag erhöht. Dementsprechend beliefen sich zum Ende des Berichtsquartals unsere gemeldete Tier-1-Kapitalquote und unsere Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung dieses Postens auf 11,2 % beziehungsweise 12,6 %.

Zusagen und Eventualverbindlichkeiten

Die nachstehende Tabelle zeigt den Nominalwert der unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten des Konzerns. Eventualverbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen Finanz- und Performancegarantien, Kreditbriefe und Haftungsübernahmeerklärungen. Der Nominalwert dieser Verpflichtungen entspricht dem maximalen Ausfallrisiko des Konzerns für den Fall, dass der Kunde seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Wahrscheinliche Verluste im Rahmen dieser Verträge werden als Rückstellungen erfasst.

in Mio €	30.6.2009	31.12.2008
Unwiderrufliche Kreditzusagen	105.263	104.077
Eventualverbindlichkeiten	51.015	48.815
Insgesamt	156.278	152.892

Die hier gezeigten Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten bilden nicht die zukünftig zu erwartenden Zahlungsströme aus diesen Verträgen ab, da viele dieser Vereinbarungen ohne Inanspruchnahme fällig werden. Eventuell verlangt der Konzern die Stellung von Sicherheiten, um das Kreditrisiko dieser Verpflichtungen zu mindern.

Sonstige Eventualverbindlichkeiten

Infolge der Charakteristik seiner Geschäftsaktivitäten ist der Konzern in Deutschland und in einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt, wie sie im normalen Geschäftsverlauf vorkommen. Gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften bildet der Konzern für potenzielle Verluste aus ungewissen Verbindlichkeiten einschließlich ungewisser Verbindlichkeiten bezüglich dieser Verfahren Rückstellungen, wenn der potenzielle Verlust wahrscheinlich und schätzbar ist. Ungewisse Verbindlichkeiten in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten; das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern in großem Umfang Einschätzungen, die endgültige Verbindlichkeit des Konzerns kann hiervon erheblich abweichen. Die bilanzierten Gesamtverbindlichkeiten des Konzerns bezüglich Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlicher Verfahren werden auf Basis der Einzelfälle festgelegt und sind eine Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der einzelnen Verfahren, der Erfahrungen des Konzerns und der Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen, der Gutachten von Rechtsanwälten und anderer Faktoren. Obwohl die endgültige Erledigung dieser Fälle wesentliche Auswirkungen auf das Konzernergebnis für einen bestimmten Berichtszeitraum haben kann, ist der Konzern der Überzeugung, dass seine Finanzlage davon nicht wesentlich beeinflusst werden wird. Hinsichtlich jedes der nachstehend dargestellten Verfahren, die jeweils mehrere Streitgegenstände umfassen, sind nach Einschätzung des Konzerns die voraussichtlich möglichen Verluste in Bezug auf jede Streitigkeit, welche die Rückstellungen übersteigen, entweder nicht wesentlich oder nicht schätzbar.

Im Folgenden werden die wesentlichen Rechtsstreitigkeiten des Konzerns näher beschrieben.

Steuerbezogene Finanzprodukte. Die Deutsche Bank AG, einige mit ihr verbundene Unternehmen sowie jetzige und/oder frühere Mitarbeiter (gemeinsam als „Deutsche Bank“ bezeichnet) sind Beklagte in einer Reihe von Rechtsstreitigkeiten mit Kunden im Zusammenhang mit steuerbezogenen Geschäften. Die Deutsche Bank hat für diese Kunden, die von verschiedenen Wirtschaftsprüfern, Rechtsanwälten und Finanzberatern beraten wurden, Finanzprodukte und -dienstleistungen bereitgestellt. Die Kunden haben aufgrund dieser Geschäfte Steuervorteile gegenüber den US-Steuerbehörden geltend gemacht, die jedoch von diesen nicht anerkannt wurden. Die Kunden behaupten in diesen Verfahren, die Deutsche Bank und die professionellen Berater hätten sie unzulässigerweise dahin gehend irregeführt, dass die geltend gemachten Steuervorteile von den US-Steuerbehörden anerkannt würden. Die Klageverfahren sind bei verschiedenen Bundes- und einzelstaatlichen Gerichten sowie vor Schiedsgerichten in den USA anhängig und beziehen sich auf die Verletzung sowohl von Bundesrecht als auch des Rechts einzelner Bundesstaaten. Es handelt sich sowohl um Einzelklagen als auch um angebliche Sammelklagen. Gegenüber der Deutschen Bank ist keine Klägergruppe (Litigation Class) zugelassen worden. Etwa 87 Verfahren wurden endgültig beigelegt und durch Klageabweisung beendet. Etwa acht weitere Verfahren sind noch gegen die Deutsche Bank anhängig und befinden sich in verschiedenen Vorverhandlungsphasen (Pre-trial Stages) einschließlich der wechselseitigen Auskunftserteilung (Discovery). Gegenüber der Bank werden darüber hinaus auch außergerichtlich zahlreiche Ansprüche geltend gemacht; einige dieser Ansprüche wurden beigelegt.

Das US-Justizministerium (Department of Justice – „DOJ“) führt außerdem strafrechtliche Ermittlungen wegen steuerbezogener Geschäfte durch, die etwa zwischen 1997 und Anfang 2002 durchgeführt wurden. In diesem Zusammenhang hat das DOJ von der Deutschen Bank verschiedene Unterlagen und andere Informationen angefordert und das Handeln verschiedener Personen und Unternehmen einschließlich der Deutschen Bank bei diesen Geschäften untersucht. Im zweiten Halbjahr 2005 erhob das DOJ gegen zahlreiche Personen Anklage wegen ihrer Beteiligung an steuerbezogenen Geschäften, als sie bei anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren. Ebenfalls im zweiten Halbjahr 2005 schloss das DOJ mit einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (die „Wirtschaftsprüfungsgesellschaft“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung (Deferred Prosecution Agreement), wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wegen ihrer Beteiligung an verschiedenen steuerbezogenen Geschäften unter der Bedingung absieht, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Am 14. Februar 2006 gab das DOJ bekannt, dass es mit einem Finanzinstitut (das „Finanzinstitut“) eine Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung abgeschlossen hat, wonach das DOJ von der Strafverfolgung gegen das Finanzinstitut wegen dessen Rolle bei der Bereitstellung und Erbringung von Finanzprodukten und -dienstleistungen unter der Bedingung absieht, dass das Finanzinstitut die Vereinbarung über die Aussetzung der Strafverfolgung erfüllt. Die Deutsche Bank hat ähnliche Finanzprodukte und -dienstleistungen für gleiche oder ähnliche steuerbezogene Geschäfte bereitgestellt wie diejenigen, die Gegenstand der oben genannten strafrechtlichen Vorwürfe sind. Die Deutsche Bank hat auch Finanzprodukte und -dienstleistungen für weitere steuerbezogene Geschäfte bereitgestellt. In einem Strafverfahren gegen vier Personen, die das DOJ im Jahr 2005 angeklagt hatte, wurden im Dezember 2008 drei Personen verurteilt. Im Mai 2009 wurden vier weitere Personen strafrechtlich verurteilt, die das DOJ wegen ihrer Beteiligung an bestimmten steuerbezogenen Geschäften zu Zeiten, als sie bei einem anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren, angeklagt hatte. Im Juni 2009 hat das DOJ fünf weitere Personen wegen

ihrer Beteiligung an bestimmten steuerbezogenen Geschäften zu Zeiten, als sie bei einem anderen Unternehmen als der Deutschen Bank beschäftigt waren, und zwei ehemalige Mitarbeiter der Deutschen Bank wegen ihrer Beteiligung an bestimmten steuerbezogenen Geschäften während der Dauer ihrer Beschäftigung bei der Deutschen Bank angeklagt. Die Ermittlungen des DOJ dauern an. Die Deutsche Bank führt mit dem DOJ Gespräche über die Einstellung des Verfahrens.

Kirch. Im Mai 2002 erhob Dr. Leo Kirch aus behauptetem eigenem und abgetretenem Recht zweier ehemals zur Kirch-Gruppe gehörender Unternehmen, der PrintBeteiligungs GmbH und der Konzernholdinggesellschaft TaurusHolding GmbH & Co. KG, Klage gegen Dr. Rolf-E. Breuer und die Deutsche Bank AG und machte geltend, eine Äußerung von Dr. Breuer (seinerzeit Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG), die dieser in einem Interview mit Bloomberg TV am 4. Februar 2002 zur Kirch-Gruppe gemacht hatte, sei rechtswidrig und habe Vermögensschäden verursacht.

Am 24. Januar 2006 hat der Bundesgerichtshof (BGH) dieser Schadensersatzfeststellungsklage, die nicht den Nachweis eines durch die Interviewäußerung verursachten Vermögensschadens voraussetzt, nur aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH stattgegeben. Die PrintBeteiligungs GmbH ist die einzige Gesellschaft der Kirch-Gruppe, die seinerzeit Kreditnehmerin der Deutschen Bank AG war. Ansprüche von Herrn Dr. Kirch persönlich und der TaurusHolding GmbH & Co. KG wurden abgewiesen. Im Mai 2007 erhob Dr. Kirch Zahlungsklage aus abgetretenem Recht der PrintBeteiligungs GmbH gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer in Höhe von zunächst circa 1,6 Mrd € (die Berechnung hing unter anderem von der Entwicklung des Börsenkurses der Aktie der Axel Springer AG ab) nebst Zinsen. Zwischenzeitlich hat Herr Dr. Kirch seine Schadensberechnung geändert und fordert nun circa 1,3 Mrd € zuzüglich Zinsen. In diesem Verfahren muss er im Einzelnen nachweisen, dass und in welcher Höhe der PrintBeteiligungs GmbH durch die Äußerung ein finanzieller Schaden entstanden ist. Nach Meinung der Deutschen Bank ist die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens jedoch nicht ausreichend dargelegt worden.

Am 31. Dezember 2005 erhob die KGL Pool GmbH Klage gegen die Deutsche Bank AG und Dr. Breuer. Die KGL Pool GmbH hat sich angebliche Ansprüche diverser Tochtergesellschaften der Kirch-Gruppe abtreten lassen. Die Klage zielt auf die Feststellung einer gesamtschuldnerischen Schadensersatzpflicht der Deutschen Bank AG und von Dr. Breuer wegen jenes Interviews und des Verhaltens der Deutschen Bank AG in Bezug auf verschiedene Unternehmen der Kirch-Gruppe. Im Dezember 2007 erweiterte die KGL Pool GmbH ihre Klage um einen Antrag auf Zahlung von Schadensersatz in Höhe von etwa 2,0 Mrd € nebst Zinsen als Entschädigung für behauptete Schäden, die zwei Unternehmen der ehemaligen Kirch-Gruppe angeblich aufgrund der Äußerung von Dr. Breuer erlitten hätten. Am 31. März 2009 hat das Landgericht München I die Klage in erster Instanz vollständig abgewiesen. Der Kläger hat gegen das Urteil Berufung eingelegt. Nach Meinung der Deutschen Bank besteht für solche Ansprüche mangels einer entsprechenden Vertragsbeziehung zu irgendeiner dieser Gesellschaften keine Grundlage. Im Übrigen ist weder die Kausalität für Grund und Höhe des geltend gemachten Schadens noch die wirksame Abtretung der behaupteten Ansprüche an die KGL Pool GmbH ausreichend dargelegt worden.

Kreditbezogene Rechtsstreitigkeiten. Die Deutsche Bank hat Vorladungen und Informationsanfragen von Aufsichtsbehörden und Regierungsbehörden erhalten, die sich auf die Aktivitäten der Deutschen Bank bei der Gewährung, dem Erwerb, der Verbriefung von und dem Handel mit Asset-backed Securities (verzinslichen strukturierten Wertpapieren, die mit Forderungsrechten besichert sind), Asset-backed Commercial Paper und Kreditderivaten, einschließlich, unter anderem, Residential Mortgage-backed Securities (verzinslicher strukturierter Wertpapiere, die mit Grundpfandrechten auf Wohnimmobilien besichert sind), Collateralized Debt Obligations und Credit Default Swaps beziehen. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Vorladungen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden. Ferner ist die Deutsche Bank hinsichtlich des Geschäfts mit Residential Mortgage-backed Securities Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren (darunter als angebliche Sammelklagen bezeichnete Verfahren) nach dem U.S. Securities Act von 1933 sowie allgemeinen Rechtsgrundsätzen (Common Law) in Einzelstaaten. Zu diesen Verfahren gehören (1) zwei als angebliche Sammelklagen bezeichnete Verfahren bei dem California Superior Court in Los Angeles County, die sich auf die Rolle der Deutsche Bank-Tochtergesellschaft, Deutsche Bank Securities Inc. (die „DBSI“) und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von der Countrywide Financial Corporation oder einem mit ihr verbundenen Unternehmen begebener Wertpapiere und Mortgage Pass-through Certificates beziehen, (2) ein als angebliche Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, das sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der Novastar Mortgage Funding Corporation begebener Mortgage Pass-through Certificates bezieht, (3) zwei als Sammelklagen bezeichnete Verfahren bei dem United States District Court for the Southern District of New York, die sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der IndyMac MBS, Inc. begebenen Mortgage Pass-through Certificates beziehen und eine Klage, die sich auf die Rolle der Deutsche Bank National Trust Company Americas („DBNTCA“), einer Tochtergesellschaft der Deutschen Bank, als Treuhänder verschiedener Mortgage Pass-through Certificates bezieht, welche von verbundenen Unternehmen der IndyMac MBS, Inc. begeben wurden, (4) zwei als angebliche Sammelklage bezeichnete Verfahren bei dem United States District Court for the Northern District of California, die sich auf die Rolle der DBSI und anderer Finanzinstitute als Platzeure bestimmter von verbundenen Unternehmen der Wells Fargo Asset Securities Corporation begebenen Mortgage Pass-through Certificates beziehen, und (5) ein als angebliche Sammelklage bezeichnetes Verfahren bei dem New York Supreme Court in New York County, das sich auf die Rolle etlicher Finanzinstitute, darunter auch die DBSI als Platzeur und die DBNTCA als Treuhänder verschiedener Mortgage Pass-through Certificates bezieht, welche von verbundenen Unternehmen der Residential Accredited Loans, Inc. begeben wurden. Ferner sind einige Konzerngesellschaften der Deutschen Bank einschließlich der DBSI Beklagte in einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren bei dem United States District Court for the Eastern District of New York, das sich auf ihre Rollen als Emittenten und Platzeure für bestimmte Mortgage Pass-through Securities bezieht. Alle diese zivilrechtlichen Verfahren befinden sich in einem frühen Stadium.

Auction Rate Securities. Die Deutsche Bank und DBSI sind an einem als Sammelklage bezeichneten Verfahren beteiligt, das bei dem United States District Court for the Southern District of New York eingereicht wurde und in dem Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen für alle Personen und Stellen geltend gemacht werden, die von Deutscher Bank und DBSI zwischen dem 17. März 2003 und dem 13. Februar 2008 angebotene Auction Rate Preferred Securities und Auction Rate Securities (Wertpapiere mit variablem, in Auktionen festgesetztem Zinssatz – zusammen „ARS“) gekauft haben und noch halten. Deutsche Bank, DBSI und/oder Deutsche Bank Alex. Brown, ein Geschäftsbereich der DBSI, sind auch Beklagte in zehn Einzelklagen, in denen im Zusammenhang mit dem Verkauf von ARS verschiedene Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen und allgemeinen Rechtsgrundsätzen in Einzelstaaten behauptet werden. Das als Sammelklage bezeichnete Verfahren und neun der Einzelklagen sind rechtshängig und eine Einzelklage wurde abgewiesen. Die Deutsche Bank ist auch gemeinsam mit zehn weiteren Finanzinstituten in zwei als angebliche Sammelklage bezeichneten und beim United States District Court for the Southern District of New York eingereichten Klagen Beklagte, welche die Verletzung kartellrechtlicher Bestimmungen behaupten. In den als Sammelklage bezeichneten Klagen, die sich in frühen Verfahrensstadien befinden, wird behauptet, die Beklagten hätten konspiriert, um den ARS-Markt zu stützen und schließlich im Februar 2008 zu beschränken.

Die Deutsche Bank und DBSI waren auch Parteien in Verfahren vor einzel- und bundesstaatlichen Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden, bei denen es um das Angebot und den Vertrieb von ARS ging. Im August 2008 schlossen die Deutsche Bank und ihre Tochtergesellschaften Grundsatzvereinbarungen mit dem New York Attorney General's Office („NYAG“) und der North American Securities Administration Association („NASAA“), die ein Konsortium anderer Einzelstaaten und US-Besitzungen vertraten, ab, in der sich die Deutsche Bank und ihre Tochtergesellschaften dazu verpflichteten, von ihren Privatkunden, kleineren und mittleren institutionellen sowie Kunden, die wohltätige Organisationen sind, ARS zu kaufen, die diese Kunden vor dem 13. Februar 2008 erworben haben, sowie zügig Lösungen für die Liquidität ihrer größeren institutionellen Kunden, welche ARS von der Deutschen Bank und ihren Tochtergesellschaften erworben haben, zu erarbeiten, eine Strafe in einer Gesamtsumme von 15 Mio US-\$ an die einzelstaatlichen Aufsichtsbehörden zu zahlen und weitere einzelstaatliche Anordnungen zur zukünftigen Einhaltung von anwendbaren einzelstaatlichen Rechtsvorschriften zu befolgen. Am 3. Juni 2009 hat die DBSI die Absprachen aus der Grundsatzvereinbarung vom August 2008 gegenüber dem NYAG und dem New Jersey Bureau of Securities erfüllt und einen Vergleich mit der Securities and Exchange Commission („SEC“) abgeschlossen, der die Absprachen aus der Grundsatzvereinbarung mit den Einzelstaaten berücksichtigt und bestimmte zusätzliche Absprachen enthält, nach denen die SEC berechtigt ist, eine zusätzliche Geldbuße von der DBSI zu verlangen, wenn die DBSI nach Auffassung der SEC ihre Verpflichtungen aus dem Vergleich nicht einhält. Seitdem hat die DBSI von einigen einzelstaatlichen und innerstaatlichen Behörden Zahlungsaufforderungen erhalten, in denen diese Behörden ihren Anteil an der Strafe in einer Gesamtsumme von 15 Mio US-\$ geltend machen. Die DBSI erwartet, dass sie Zahlungsaufforderungen in den nächsten Monaten abwickeln kann und die geltend gemachten Anteile an der Gesamtstrafe an die jeweiligen Einzelstaaten zahlt.

ÖBB. Im September 2005 schloss die Deutsche Bank AG einen Portfolio Credit Default Swap („PCDS“) mit der ÖBB Infrastruktur Bau AG („ÖBB“), einer Tochtergesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen-Holding Aktiengesellschaft. Unter dem PCDS übernahm die ÖBB das Ausfallrisiko einer mit AAA gerateten Tranche über 612 Mio € aus einem diversifizierten Portfolio von Unternehmen und Asset-backed Securities („ABS“). Aufgrund der Entwicklung des ABS-Markts seit Mitte 2007 entwickelte sich der Marktwert des PCDS negativ.

Im Juni 2008 erhob die ÖBB beim Handelsgericht in Wien Klage gegen die Deutsche Bank AG und beantragte, den PCDS für rechtsunwirksam erklären zu lassen. Die ÖBB ist der Auffassung, dass das Geschäft gegen österreichische Rechtsvorschriften verstoße, und behauptet, über bestimmte Merkmale des PCDS nicht zutreffend informiert worden zu sein. Die Klage der ÖBB wurde im Januar 2009 vom Handelsgericht abgewiesen. Am 25. Juni 2009 hat das Oberlandesgericht Wien die durch die ÖBB eingelegte Berufung gegen die Entscheidung des Handelsgerichts zurückgewiesen.

Trust Preferred Securities. Die Deutsche Bank und einige ihrer Tochtergesellschaften und leitenden Angestellten sind in sechs als Sammelklage bezeichneten Verfahren beteiligt, die beim United States District Court for the Southern District of New York eingereicht wurden und in denen Ansprüche nach den US-Bundeswertpapiergesetzen im Auftrag von Personen geltend gemacht werden, die bestimmte zwischen Oktober 2006 und Mai 2008 von der Deutschen Bank und ihren Tochtergesellschaften begebene Trust Preferred Securities erworben haben. Die Ansprüche werden nach Section 11, 12(a)(2) und 15 des U.S. Securities Act von 1933 erhoben. Alle Verfahren befinden sich in einem frühen Stadium.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für getätigte vergleichbare Geschäfte mit fremden Dritten.

Geschäfte mit Personen in Schlüsselpositionen

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der Deutschen Bank direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands in seiner aktuellen Aufstellung und des Aufsichtsrats für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen. Am 30. Juni 2009 hat der Konzern Kredite und Zusagen in Höhe von 8 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 24 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen erhalten. Am 31. Dezember 2008 betragen die Kredite und Zusagen an Personen in Schlüsselpositionen 4 Mio € und die Einlagen von Personen in Schlüsselpositionen 23 Mio €. Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und deren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdienstleistungen sowie Anlageberatung an.

Geschäfte mit Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen

Geschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahestehenden Dritten.

Kredite

An nahestehende Unternehmen begebene Kredite und gewährte Garantien entwickelten sich im Berichtszeitraum beziehungsweise im Geschäftsjahr 2008 wie folgt.

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	30.6.2009	31.12.2008
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Anfangsbestand	834	2.081
Im Laufe des Jahres begebene Forderungen aus dem Kreditgeschäft	63	1.623
Rückzahlungen von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	198	514
Veränderung des Konsolidierungskreises	- 83 ¹	- 2.200 ²
Wechselkursveränderungen/Sonstige	80	- 156
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Endbestand³	696	834
Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:		
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	3	4
Garantien und sonstige Verpflichtungen ⁴	76	95

1 Ein Unternehmen, das nach der Equitymethode bilanziert wurde, ist im Jahr 2009 verkauft worden.

2 Vier Unternehmen, die nach der Equitymethode bilanziert wurden, sind im Jahr 2008 erstmalig voll konsolidiert worden. Kredite, die diesen Unternehmen bereitgestellt wurden, werden nun bei der Konsolidierung eliminiert.

3 Davon waren zum 30. Juni 2009 14 Mio € und zum 31. Dezember 2008 7 Mio € überfällig. Von den Forderungen aus dem Kreditgeschäft entfielen zum 30. Juni 2009 4 Mio € (31. Dezember 2008: 143 Mio €) auf Joint Ventures.

4 Beinhaltet Finanz- und Performancegarantien, Kreditbriefe, Haftungsübernahmeerklärungen und unwiderrufliche ausleihebezogene Zusagen.

Einlagen

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	30.6.2009	31.12.2008
Einlagen, Anfangsbestand	246	962
Einlagenzuflüsse	41	955
Einlagenabflüsse	111	685
Veränderung des Konsolidierungskreises	- 6 ¹	- 693 ²
Wechselkursveränderungen/Sonstige	-	- 293
Einlagen, Endbestand³	170	246

1 Ein Unternehmen, das nach der Equitymethode bilanziert wurde, ist im Jahr 2009 verkauft worden.

2 Ein Unternehmen, das nach der Equitymethode bilanziert wurde, ist im Jahr 2008 erstmalig voll konsolidiert worden. Aus diesem Grund wurden Einlagenzuflüsse von diesem Unternehmen im Zuge der Konsolidierung eliminiert.

3 Die oben genannten Einlagen wurden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs getätigt. Zum 30. Juni 2009 waren im Bestand Einlagen von Joint Ventures in Höhe von 1 Mio € (31. Dezember 2008: 18 Mio €) enthalten.

Zum 30. Juni 2009 bestanden positive und negative Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen jeweils in Höhe von 2,9 Mrd € beziehungsweise 2,5 Mrd €. Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten mit assoziierten Unternehmen betragen zum 31. Dezember 2008 390 Mio €. Der Anstieg resultierte aus der veränderten Zusammensetzung der assoziierten Unternehmen des Konzerns.

Geschäftsbeziehungen zur Deutschen Postbank AG

Die Deutsche Bank AG hat zusätzlich zum Erwerb der Beteiligung an der Deutschen Postbank AG einen Vertrag über eine Kooperation mit der Postbank abgeschlossen. Die Kooperation umfasst die Bereiche Investmentprodukte, Finanzierungsprodukte, Firmenkundengeschäft und gewerbliche Finanzierung sowie kundennahe Serviceleistungen. Darüber hinaus beinhaltet sie die Bereiche Einkauf und IT-Infrastruktur.

Geschäfte mit Pensionsplänen

Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe von Versorgungseinrichtungen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses, für die er Finanzdienstleistungen einschließlich der Vermögensanlage erbringt. Diese Versorgungseinrichtungen können Aktien oder Wertpapiere der Deutschen Bank halten oder mit diesen handeln. Zum 30. Juni 2009 waren die Geschäfte mit diesen Versorgungseinrichtungen für den Konzern nicht wesentlich.

Wesentliche Transaktionen

Am 25. Februar 2009 schloss der Konzern die geänderte Transaktionsstruktur für den Erwerb von Aktien der Deutschen Postbank AG („Postbank“) auf der Basis des ursprünglichen Vertrags mit der Deutschen Post AG („Deutsche Post“) vom September 2008 ab. Die geänderte Transaktion wurde am 14. Januar 2009 bekannt gegeben und umfasst drei Teile.

In einem ersten Schritt erwarb der Konzern 50 Millionen Postbank-Aktien – das entspricht einem Anteil von 22,9 % – als Gegenleistung für eine Sachkapitalerhöhung von 50 Millionen Deutsche Bank-Aktien unter Ausschluss von Bezugsrechten. Der Preis für die aus genehmigtem Kapital emittierten Deutsche Bank-Aktien wurde am 25. Februar 2009 auf 958 Mio € festgelegt. Die Gesamtkosten dieses Erwerbs einschließlich Anschaffungsnebenkosten beliefen sich auf 962 Mio €. Der Erwerb wurde mit Eintragung der Aktien im Handelsregister am 6. März 2009 wirksam. Infolgedessen erwarb die Deutsche Post einen Anteil von rund 8 % an der Deutschen Bank AG. Die eine Hälfte dieser Aktien konnte die Deutsche Post ab Ende April 2009 veräußern, die andere Hälfte war ab Anfang Juni 2009 veräußerbar. Ein gewisses Maß an Kurssicherung war zulässig und der Konzern war an Kursgewinnen dieser Aktien während der Haltedauer beteiligt. Diese Vertragskomponenten werden in bar abgewickelt und als Optionen auf Eigene Aktien bilanziert, wobei Änderungen im Fair Value ergebniswirksam erfasst werden. Am 6. Juli 2009 gab die Deutsche Post öffentlich bekannt, dass sie sämtliche von ihr gehaltenen Anteile an der Deutschen Bank AG am Markt veräußert hatte. Als zweite Komponente zeichnete der Konzern eine von der Deutschen Post mit Abschluss der geänderten Transaktion begebene Pflichtumtauschanleihe über 3,0 Mrd €. Diese wird nach Ablauf von drei Jahren vollständig in weitere 60 Millionen Aktien – oder 27,4 % – der Postbank getauscht. Drittens haben der Konzern und die Deutsche Post Kauf- und Verkaufsoptionen für die von der Deutschen Post gehaltenen 26,4 Millionen Postbank-Aktien (12,1 %) abgeschlossen. Die Optionen wurden durch Zahlung ihres Barwerts in Höhe von 1,2 Mrd € durch den Konzern besichert und können zwischen Februar 2012 und Februar 2013 ausgeübt werden.

Vor dem Vollzugstag der Transaktion hielt der Konzern einen Anteil von ungefähr 2,1 % an der Postbank. Durch den Erwerb der 22,9%igen Beteiligung verfügt der Konzern über eine Sperrminorität von über 25 % an der Postbank. Auf dieser Grundlage hat der Konzern einen maßgeblichen Einfluss und bilanziert die Beteiligung nach der Equitymethode. Bedingt durch ihre spezifischen Konditionen, birgt die Pflichtumtauschanleihe vorwiegend ein Eigenkapitalrisiko und wird als Teil des nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungsbuchwerts erfasst. Die Kauf- und Verkaufsoptionen werden als Derivate klassifiziert und Veränderungen im Fair Value werden im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen berücksichtigt. Der bei Abschluss der Transaktion resultierende Netto-Fair-Value des Derivats (Verpflichtung) wurde zu den Anschaffungskosten der Beteiligung hinzugerechnet. Die vorläufige Bestimmung des Netto-Fair-Value der zum Zeitpunkt der Akquisition identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualverbindlichkeiten der Postbank wurde während des zweiten Quartals 2009 abgeschlossen, wobei die Auflösung der Fair-Value-Anpassungen bereits zum Ergebnis des Konzerns beitrug.

Sonstige Informationen

Zielgrößendefinitionen

Dieses Dokument und auch andere Dokumente, die der Konzern veröffentlicht hat oder gegebenenfalls veröffentlichen wird, beinhalten finanzielle Messgrößen, die nicht nach IFRS ermittelt wurden. Diese Messgrößen sind Größen, die den historischen oder zukünftigen Erfolg, die Finanzlage oder die Cashflows des Konzerns widerspiegeln und Anpassungen beinhalten, welche bestimmte Beträge, die in den im Konzernabschluss nach IFRS ermittelten vergleichbaren Größen enthalten oder nicht enthalten sind, jeweils nicht enthalten oder enthalten. Der Konzern bezeichnet die Definition von bestimmten Anpassungen als „Zielgrößendefinition“, da der Konzern in der Vergangenheit oder in der Zukunft solche nicht nach IFRS ermittelten Messgrößen angewandt hat oder anwenden wird, um seine finanziellen Ziele zu bemessen.

Die nicht nach IFRS ermittelten Messgrößen des Konzerns, die sich auf das Ergebnis beziehen, basieren auf Zielgrößendefinitionen, wonach auf IFRS basierende Finanzkennzahlen um bestimmte signifikante Gewinne (wie Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen, Geschäftsfeldern oder Gebäuden) oder bestimmte signifikante Aufwendungen (wie Restrukturierungsaufwendungen, Wertminderungen auf Goodwill oder Aufwendungen aus Rechtsstreitigkeiten) bereinigt werden, wenn diese Gewinne oder Aufwendungen keine Bedeutung für den zukünftigen Erfolg der Kerngeschäftsfelder des Konzerns haben.

Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis vor Steuern (gemäß Zielgrößendefinition): Diese nicht nach IFRS ermittelte Zielgröße errechnet sich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnis vor Steuern (das heißt ohne das den Minderheitsanteilen zurechenbare Konzernergebnis), bereinigt um bestimmte signifikante Gewinne und Aufwendungen, wie folgt.

in Mio €	2. Quartal		Jan.–Jun.	
	2009	2008	2009	2008
Ergebnis vor Steuern	1.316	642	3.131	388
Abzüglich Minderheitsanteilen, vor Steuern	17	4	20	13
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis, vor Steuern	1.332	646	3.151	402
Zuzüglich/abzüglich (–):				
Bestimmter signifikanter Gewinne (abzüglich dazugehöriger Kosten)	– 126 ¹	– 242 ²	– 126 ¹	– 1.095 ³
Bestimmter signifikanter Belastungen	151 ⁴	–	429 ⁵	–
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Ergebnis, vor Steuern (Zielgrößendefinition)	1.357	404	3.454	– 694

1 Gewinn aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG) in Höhe von 126 Mio €.

2 Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG und Allianz SE) in Höhe von 145 Mio € und ein Gewinn aus dem Verkauf der Beteiligung an Arcor AG & Co. KG in Höhe von 97 Mio €.

3 Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG, Allianz SE und Linde AG) in Höhe von 999 Mio € und ein Gewinn aus dem Verkauf der Beteiligung an Arcor AG & Co. KG in Höhe von 97 Mio €.

4 Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände (Corporate Investments) in Höhe von 151 Mio €.

5 Abschreibung in Höhe von 278 Mio € auf Industriebeteiligungen und Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände (Corporate Investments) in Höhe von 151 Mio €.

Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity gemäß Zielgrößendefinition): Diese nicht nach IFRS ermittelte Zielgröße basiert auf dem prozentualen Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern gemäß Zielgrößendefinition am durchschnittlichen Active Equity des Konzerns, das wie unten beschrieben definiert ist. Für Vergleichszwecke wird auch die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital) dargestellt, die definiert ist als prozentualer Anteil des den Deutsche

Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern (ohne das den Minderheitsanteilen zurechenbare Ergebnis) am den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren durchschnittlichen Eigenkapital. Ebenfalls als Referenz wird die Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) gezeigt, die sich als prozentualer Anteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnisses vor Steuern (ohne das den Minderheitsanteilen zurechenbare Ergebnis) am durchschnittlichen Active Equity errechnet.

Durchschnittliches Active Equity: Der Konzern berechnet das Active Equity, um einen Vergleich mit Konkurrenten zu vereinfachen, und verweist auf das Active Equity bei der Berechnung verschiedenster Kennziffern. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach IFRS. Bei einem Vergleich der Kennzahlen des Konzerns, die auf dem Active Equity basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten stets auch Abweichungen bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden. Die Positionen, um die der Konzern das durchschnittliche den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital bereinigt, sind durchschnittliche unrealisierte Gewinne/Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten und aus Cash Flow Hedges (beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern). Gleiches gilt für die durchschnittliche Dividendenzahlung, für die jedes Quartal eine Abgrenzung vorgenommen und die im Folgejahr nach Zustimmung der Hauptversammlung ausgezahlt wird.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2. Quartal		Jan.–Jun.	
	2009	2008	2009	2008
Durchschnittliches den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	34.254	34.123	33.165	35.341
Zuzüglich/abzüglich (-):				
Durchschnittlicher unrealisierter Gewinne/Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten und aus Cash Flow Hedges (beide Bestandteile nach darauf entfallenden Steuern)	899	- 829	1.100	- 1.723
Durchschnittlicher Dividendenabgrenzungen	- 272	- 2.089	- 299	- 2.302
Durchschnittliches Active Equity	34.882	31.205	33.965	31.316
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)	15,6 %	7,6 %	19,0 %	2,3 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity)	15,3 %	8,3 %	18,6 %	2,6 %
Eigenkapitalrendite vor Steuern (Zielgrößendefinition)	15,6 %	5,2 %	20,3 %	- 4,4 %

Ergebnis je Aktie (verwässert, gemäß Zielgrößendefinition): Die nicht nach IFRS ermittelte Zielgröße für den Anstieg des Ergebnisses je Aktie basiert auf dem Ergebnis je Aktie (verwässert, gemäß Zielgrößendefinition), welches definiert ist als den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis (das heißt ohne das den Minderheitsanteilen zurechenbare Konzernergebnis) nach angenommener Wandlung, bereinigt um signifikante Gewinne/Aufwendungen nach Steuern und bestimmte signifikante Steuereffekte geteilt durch den gewichteten Durchschnitt der Anzahl der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung.

Zur Information ist außerdem das Ergebnis je Aktie (verwässert) angegeben, welches definiert ist als das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Konzernergebnis (das heißt ohne das den Minderheitsanteilen zurechenbare Konzernergebnis) nach angenommener Wandlung geteilt durch den gewichteten Durchschnitt der Anzahl der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2. Quartal		Jan.–Jun.	
	2009	2008	2009	2008
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	1.092	649	2.277	517
Zuzüglich/abzüglich (-):				
Bestimmter signifikanter Gewinne/Belastungen, nach Steuern	- 97 ¹	- 231 ²	124 ³	- 1.084 ⁴
Bestimmter signifikanter Effekte aus Ertragsteuern	-	-	-	-
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis (Zielgrößendefinition für EPS)	995	418	2.401	- 567
Ergebnis je Aktie (verwässert)	1,64 €	1,27 €	3,53 €	1,01 €
Ergebnis je Aktie (verwässert, Zielgrößendefinition)	1,50 €	0,82 €	3,72 €	- 1,12 €

1 Gewinn aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG) in Höhe von 195 Mio € und Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände (Corporate Investments) in Höhe von 98 Mio €.

2 Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG und Allianz SE) in Höhe von 145 Mio € und ein Gewinn aus dem Verkauf der Beteiligung an Arcor AG & Co. KG in Höhe von 86 Mio €.

3 Abschreibung in Höhe von 221 Mio € auf Industriebeteiligungen, Gewinn aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG) in Höhe von 195 Mio € und Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände (Corporate Investments) in Höhe von 98 Mio €.

4 Gewinne aus dem Verkauf von Industriebeteiligungen (Daimler AG, Allianz SE und Linde AG) in Höhe von 999 Mio € und ein Gewinn aus dem Verkauf der Beteiligung an Arcor AG & Co. KG in Höhe von 86 Mio €.